Dezernat, Dienststelle VI/61/1 612 Schi KeSB

# Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

### öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Stadtentwicklungsausschuss	30.03.2017

Beantwortung der Anfrage des Herrn Wortmann, Freie Wähler Köln, vom 12.12.2016 betreffend Parkstadt Süd; Konzept und Umsetzung eines Rahmenplanungsbeirats; Einrichtung eines Bürgerbüros (AN/2100/2016)

## Text der Anfrage:

"Die Bezirksvertretungen Innenstadt, Lindenthal und Rodenkirchen haben im Rahmen der Sitzungen im März 2016 (3.3., 7.3., 7.3.2016) entschieden, der Verwaltung zu empfehlen, im Rahmen des kooperativen Planungsverfahrens für das Projekt: Parkstadt Süd, einen Rahmenplanungsbeirat (RPB) dauerhaft einzurichten.

Mit der Einberufung eines RPB werden Vertreter der Stadtgesellschaft einschl. des anliegenden Gewerbes in die Planungen der Parkstadt Süd aktiv einbezogen und somit eine konkrete Bürgerbeteiligung möglich. Ebenso wurde die Empfehlung ausgesprochen, einen Raum zu schaffen - Bürgerbüro in dem sich Anwohnerschaft, Gewerbetreibende und alle interessierten Bürgerinnen und Bürgern über den Fortgang des Projektes informieren können.

Der StEA hat in seiner Sitzung am 10.03.16 einstimmig dieser Empfehlung zugestimmt und die Verwaltung gebeten, ein entsprechendes Konzept vorzubereiten und den zuständigen BVen und dem StEA zur Abstimmung vorzulegen.

Weder auf die mündlichen Nachfragen der Freien Wähler Köln in allen folgenden StEA-Sitzungen noch auf die schriftliche Anfrage der Freien Wähler Köln in der BV Rodenkirchen (1267/2016), ist die Verwaltung dieser Empfehlung gefolgt. Das einberufene Begleitgremium Parkstadt-Süd sowie die gelungenen Workshop-Veranstaltungen und Ideenkonferenzen ersetzen keineswegs die Notwendigkeit, nun endlich den RPB in die Tat umzusetzen.

Wir bitten die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

- Wann wird das Konzept für einen Rahmenplanungsbeirat dem StEA und den zuständigen Bezirksvertretungen vorgelegt?
- Wann wird das Bürgerbüro an zentraler Stelle zur Verfügung stehen, um Anwohner, den Gewerbetreibende und interessierte Bürgerinnen und Bürger fortlaufend über die Arbeit des Begleitgremiums sowie die Ideen der vorausgegangen Workshops zu informieren."

### Stellungnahme der Verwaltung:

#### zu Punkt 1.

Am 10.03.2016 hat der Stadtentwicklungsausschuss in seiner 15. Sitzung zur Beschlussvorlage "Kooperatives Verfahren Parkstadt Süd" (3832/2015) den mündlichen Antrag des RM Frenzel auf Übernahme des diesbezüglichen Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen mit folgendem Wortlaut: "... Als feste, die Planung begleitende Beratungsgruppe sollte ein dem bisherigen Begleitgremium angelehnter, modifizierter Ausschuss eingerichtet werden, wobei die Bezirksvertretung Rodenkirchen 4 Mitglieder, sowie die Bezirksvertretungen Lindenthal und Innenstadt mit einem aus ihrer Mitte zu wählendem Mitglied vertreten sind. ..." mehrheitlich abgelehnt.

Vielmehr wurde die Beschlussvorlage mit folgender Ergänzung beschlossen: "Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, ein Konzept für eine innovative Beteiligung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger und Institutionen der Stadtgesellschaft (z. B. Bürgervereinigungen, Grundstückeigentümern, Projektentwicklern) zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere die Erfahrungen mit dem Planungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld zu berücksichtigen."

Die Verwaltung ist derzeit in der Abstimmung mit dem Moderationsbüro Urban catalyst Studio zur Fortführung eines geeigneten Beteiligungskonzepts für die integrierte Planung Parkstadt Süd. Dieses Beteiligungskonzept soll als Mittteilung den Bezirksvertretungen Innenstadt, Rodenkirchen und Lindenthal sowie dem Stadtentwicklungsausschuss Ende des II. Quartals 2017 vorgelegt werden.

#### zu Punkt 2.

Die Installation einer Basisstation ist in den Räumlichkeiten des ehemaligen Marktamts unmittelbar neben der Großmarkthalle vorgesehen. Die Räumlichkeiten sind derzeit noch vermietet, eine Kündigung wurde bereits ausgesprochen.

Mit einfacher Herrichtung der Räume kann nach Freiwerden der Räumlichkeiten der Betrieb Ende des Jahres beziehungsweise Anfang des Jahres 2018 aufgenommen werden.

Gez. Höing